

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 2 / 2018**DIE FALKEN GEBEN DIE LINIE VOR
WIE ERWARTET: RÜCKZUG DER USA AUS DEM IRAN-DEAL**

Am 8. Mai 2018 gab US-Präsident Trump den einseitigen Ausstieg der USA aus dem JCPOA (Iran-EU-USA Abkommen) bekannt und unterzeichnete ein Dekret zur sofortigen Aufnahme „schärfster Sanktionen“ gegenüber dem Iran. Die anderen Vertragspartner dieses Abkommens zum Verzicht einer Nuklearwaffenrüstung Teherans haben in Appellen und persönlichen Vorsprachen in Washington dringend vor diesem Schritt gewarnt. Gemäß mehrmaligen Statements der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA in Wien hält sich der Iran penibel an die Abmachungen des Vertrags. Der zweite Teil der Vereinbarung – die Iran-Sanktionen zurückzufahren, um dem Land die erhofften wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen – wurde besonders von den USA konsequent hintertrieben. Sollte Teheran sich weiterhin an das Abkommen halten, wollen die restlichen Vertragspartner dieses auch aufrechterhalten.

**Irangegner und Falken
sind die neuen Berater Trumps**

Tage vor dem Ausstieg hielt der israelische Premierminister Netanjahu eine, international als Show voller zweifelhafter Informationen bezeichnete, Pressekonzferenz ab, in der mit Hilfe zahlreicher angeblich geschmuggelter Ordner mit Dokumenten ein weiter bestehendes Atomwaffenprogramm bewiesen werden sollte. In Fachkreisen wurden diese Unterlagen als allesamt veraltet und höchst zweifelhaft klassifiziert. Anzumerken wäre noch, dass Israel der einzige Atomwaffenstaat in der Region des Mittleren Ostens und dem Nichtverbreitungsvertrag (NPT) nicht beigetreten ist. Sogar der frühere CIA-Chef Mike Pompeo (heute als US-Außenminister ein Scharfmacher gegen den Iran) hat noch im April 2018 vor dem US-Kongress, im Rahmen von CIA-Recherchen, ein iranisches Atomwaffenprogramm in Abrede gestellt.

Offensichtlich legen die Falken in der US-Außenpolitik Trump mehrere Optionen vor. Eine Destabilisierung des Iran durch neue Sanktionen spielt den Hardlinern in der iranischen Innenpolitik und den Gegnern des Atomabkommens, wie etwa den Revolutionsgarden, in die Hände. Die Achse USA – Israel – Saudi-Arabien könnte auch gemeinsame Militärschläge gegen den Iran vorbereiten. Am Ruder ist jetzt die „Regime-Change-Fraktion“ mit Außenminister Pompeo und dem nationalen Sicherheitsberater John Bolton, der früher US-Vertreter im UN-Sicherheitsrat war. Bolton sagte 2007 auf dem Parteitag der britischen Konservativen: „Die USA hatten einst die Fähigkeit, in verdeckter Weise einen Sturz von Regierungen einzufädeln. Ich wünschte, wir könnten dies wieder haben.“ Sollten Sanktionen nicht wirken, sind für Bolton massive Militärschläge zum Sturz der Teheraner Regierung eine logische Konsequenz. Die New York Times kommentierte vor seiner Bestellung zum Sicherheitsberater: „Gut an John Bolton ist, dass er sagt, was er denkt. Schlecht ist, was er denkt. Es gibt nur wenige Personen, die die USA mit größerer Wahrscheinlichkeit als Bolton in einen Krieg führen werden.“

**Unrealistische Forderungen
an den Iran und das Dilemma
der anderen Vertragspartner**

Zuletzt formulierte US-Außenminister Mike Pompeo zwölf weitreichende, ultimative Forderungen an die Regierung in Teheran. Die Bedingungen sind laut iranischer Reaktionen nicht annehmbar und nach Auffassung internationaler Experten für einen souveränen Staat wohl schwer zu akzeptieren. Die konservative Denkfabrik Heritage Foundation in Washington war Bühne für Pompeos Rede. Eine zentrale Forderung ist die Neuaufsetzung des nuklearen Begrenzungsabkommens mit dem Iran, wel-

USA - IRAN

ches jetzt nicht 25 Jahre, sondern unbegrenzt gelten soll. Obwohl der Iran als NPT-Mitglied zivile Nukleartechnologien nützen darf, sehen die US-Bedingungen einen völligen Verzicht der Anreicherung vor, also auch für Energieprojekte und medizinische Zwecke. Die IAEO müsse uneingeschränkten Zugang zu allen einschlägigen Anlagen bekommen. Weiters soll dem Iran verboten werden, ballistische Raketen zu entwickeln und zu testen. Gefordert wird auch der Rückzug aller iranischen Berater und Kämpfer aus Syrien und die Beendigung jeglicher Unterstützung der Hisbollah (Libanon), der Hamas (Gaza), der Hutis (Jemen) und ein Ende von nicht näher ausgeführten (angeblichen) „Aktivitäten in Afghanistan“. Die angedrohten Sanktionen gegen den Iran würden die „härtesten der Geschichte“ sein. Besonders ein zusätzlich verschärfter Ausschluss des Iran von der internationalen Finanz- und Zahlungsverkehrsstruktur und eine Behinderung des Öl- und Erdgashandels würden das Land hart treffen.

Neben den negativen Reaktionen aus Teheran, kommt auch aus China, Russland und von den Vertragspartnern Großbritannien, Frankreich, Deutschland und von der EU-Außenbeauftragten Mogherini harte Kritik am Vorgehen der USA. Im Rahmen einer solchen Politik und der Vertragsuntreue durch die USA sei nicht zu erkennen, wie dies den Mittleren/Nahen-Osten sicherer machen sollte. Natürlich versuche man, das Abkommen durch zusätzliche Garantien und im Gegenzug mit Zugeständnissen des Iran zu retten. Die Wiener Gespräche der Vertragspartner (ohne USA) am 25. Mai 2018 haben offiziell keine endgültige Lösung gebracht. Es wird mit Hilfe von EU-Bestimmungen die Umgehung US-amerikanischer Sanktionen angedacht, um den zweiten Teil des Abkommens wirksam werden zu lassen. Das Dilemma besteht aber in der Drohung Trumps, europäische Firmen im Falle einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Iran für den amerikanischen Markt zu sperren oder die Verwendung von US-lizenzierten Produkten zu untersagen. Eine Drohung, die bereits Wirkung zeigt. Finanzielle Ausgleichszahlungen an betroffene Firmen scheinen auf Grund der astronomischen Summen unrealistisch.

Die US-amerikanische Außen- und Wirtschaftspolitik (Strafzölle, Handelskrieg) zwingt immer mehr Ländern den Willen der „America First-Politik“ auf. Die Vision einer fairen und friedensprägenden Zusammenarbeit aller Staaten zum Wohle der Menschheit, in der auch völkerrechtliche Verträge eingehalten werden, ist in der Ära Trump und in den Gegenreaktionen anderer wichtiger weltpolitischer Akteure auf lange Sicht unerreichbar geworden.

Andreas Zumach (Journalist, u.a. bei taz, für internationale Themen) hat dankenswerter Weise Beiträge zum Thema zur Verfügung gestellt. Die aktualisierte Zusammenfassung schrieb **Manfred Sauer**.

MELDUNG

„EU-Abwehrgesetz“ beschlossen

Die Kommission der Europäischen Union hat am 6. Juni 2018 ein modifiziertes „Abwehrgesetz“ gegen Sanktionen der USA im Rahmen von Handelsbeziehungen europäischer Firmen mit dem Iran auf den Weg gebracht. Mit Hilfe dieser Bestimmungen können Kosten und Verluste von Firmen ausgeglichen werden, die durch ihre Handelsbeziehungen mit dem Iran von den USA mit Sanktionen belegt werden. Das Gesetz sieht auch Strafen für jene Firmen vor, die den Iranhandel beenden und sich der Sanktionsandrohung der Trump-Administration beugen. Letzteres gilt aber eher als unwahrscheinlich.

Gleichzeitig mit dem genannten Gesetz ändert die Kommission auch das Mandat der Europäischen Investitionsbank (EVB) und ermöglicht ihr damit EU-Investitionen mit dem Iran zu unterstützen.

(MS)

Liebe Leserinnen und Leser!

Seit einiger Zeit werden in mehreren Ländern Banken, Fonds und andere Finanzinstitutionen dahingehend durchleuchtet, ob sie mit irgendwelchen Geldflüssen direkt oder indirekt den Atomwaffensektor finanzieren. PAX und ICAN sind hier bei den Recherchen federführend. Unter diesem öffentlichen Druck gab nun die Deutsche Bank AG eine neue „Richtlinie zu kontroversen Waffen“ bekannt. Pax und ICAN konnten die Investitionen von mehreren Milliarden Euro in die Hersteller von Atomsprengköpfen und Trägersystemen durch die Deutsche Bank nachweisen. Die neue Richtlinie schließt nun Transaktionen an Firmen aus, die mit Investitionen für Herstellung und Wartung von Atomwaffen befasst sind. Da es nach Meinung von PAX und ICAN immer noch Schlupflöcher gibt, muss die Praxis zeigen, wie die Richtlinie umgesetzt wird. Mit dem Faktum dieser Richtlinie erwarten die Aufdecker, dass auch andere Institutionen diesem Beispiel folgen werden.

Insgesamt steigen die Ausgaben für Militär und Rüstung laut neuen Erhebungen durch das Stockholm International Peace Research Institut (SIPRI) weiter in den Billionenbereich an. Auch die Ausgaben für Rüstungsexport und Waffenhandel zeigen steil nach oben. Die Europäische Union will selbst ein potenter Sicherheitsakteur werden, die zahlreichen Konfliktherde und das gegenseitige Aufrüsten lokaler Akteure lassen das Waffengeschäft blühen. Gleichzeitig bieten Rüstungs- und Dual-Use-Konzerne lukrative Beteiligungsmöglichkeiten an.

Dabei nutzen auch Rüstungsgegner mit den Aktienwerb die Chance auf kritische Fragen in den Hauptversammlungen. So gelang es im Mai 2018 den „Sisters of the Holy Name of Jesus and Mary“ zusammen mit anderen religiösen Gruppen für ihren Antrag in der Hauptversammlung des US-amerikanischen Handfeuerwaffenherstellers Sturm, Ruger & Co. eine Mehrheit zu finden. Die Firma muss jetzt Pläne für sicherere Waffen (die nur mehr mit Fingerabdruck aktiviert werden können) vorlegen und dokumentieren, wie sie auf die regelmäßigen Massaker reagieren wird. Die Proteste der Kleinwaffengegner haben bereits dazu geführt, dass Warenhausketten

keine automatische Gewehre mehr verkaufen und Finanzgesellschaften Waffentitel nicht mehr offensiv anbieten.

Betrifft Frieden stellt in dieser Nummer den Verein „Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg vor“. Damit setzt betrifft Frieden die Serie der Vorstellung von Organisationen aus dem Friedensspektrum fort.

Bitte beachten sie die Erklärung zur Datenschutz-Grundverordnung. Wir danken auch unseren Abonnenten_innen, Mitgliedern und Spender_innen für ihre Unterstützung und ersuchen alle die noch nicht eingezahlt haben dies im Sinne des Weiterbestandes dieser Zeitung zu tun. Diesbezügliche Informationen im Impressum auf Seite 12.

Chefredakteur Manfred Sauer

DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG WICHTIGE INFORMATION

Im Rahmen unserer Vereinstätigkeit und der Zeitungsredaktion von betrifft Frieden verwalten wir Namen, Adressen, Mail-Adressen, in Ausnahmefällen berufliche oder Organisationen betreffende Informationen. Diese Daten werden geschützt und nicht an Dritte weitergegeben. Wir verwenden diese Daten nur für die Kommunikation mit den betreffenden Personen, für Mitgliedsinformationen, Zeitungsversand (Mitglieder, Abonnenten, Probenummernversand), Terminbekanntgabe, Zahlungs- und Mahnwesen.

Sollten Sie diese Informationen nicht mehr erhalten wollen und eine Löschung Ihrer Daten wollen, ersuchen wir Sie um eine entsprechende Nachricht. Ansonsten erhalten Sie weiterhin, wie bis dato, unsere Zusendungen und Informationen. Sie können aber auch aktiv Ihr Einverständnis mitteilen.

Redaktion betrifft Frieden

Österreichischer Friedensrat, Rosensteingasse
69/6, 1170 Wien pax.vienna@chello.at

RATIFIZIERUNGSPROZESS AM BEISPIEL DES ATOMWAFFENVERBOTSVERTRAGES

Der nun vorliegende Atomwaffenverbotsvertrag steht für den unermüdlichen Einsatz zivilgesellschaftlicher Organisationen, der österreichischen Politik und Diplomatie im Bemühen um die Abschaffung der letzten Kategorie von Massenvernichtungswaffen. Auch wenn wesentliche Staaten (Atomwaffenmächte und deren Verbündete) die Unterzeichnung des Abkommens derzeit verweigern, ist die Zahl von 122 zustimmenden Ländern eine gute Basis für die Erreichung des gesteckten Zieles.

Die Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge bedeutet eine Zustimmung des nationalen Parlaments, die Aufnahme des Abkommens in den jeweiligen nationalen Rechtsbestand und die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde beim Depositär für den Vertrag. Da der Vertrag erst neunzig Tage nach Hinterlegung der 50. Ratifikationsurkunde in Kraft treten wird, ist ein baldiger Ratifizierungsprozess in den Vertragsstaaten von großer Wichtigkeit. Wie das im Falle von Österreich abgelaufen ist, soll dieser Beitrag veranschaulichen.

Am 7. Juli 2017 wird der Vertragstext vorgelegt und von 122 der 124 anwesenden Staaten (eine Enthaltung, eine Gegenstimme) auch von Österreich angenommen. Ab dem 20. September 2017 liegt der Verbotsvertrag in New York zur Unterzeichnung auf. Österreich unterschreibt als einer der ersten Länder.

Am 24. Jänner 2018 fasste der Ministerrat den Beschluss zur Ratifikation und leitete die Vorlage einen Tag später an das Parlament weiter. Dort erfolgte die Behandlung am 7. März 2018 im Außenpolitischen Ausschuss. Im Rahmen einer Debatte in der 15. Nationalratssitzung der laufenden Gesetzgebungsperiode am 21. März 2018 diskutierten die Parteien den Antrag zur Ratifikation. Die Rednerinnen und Redner aller Parlamentsparteien betonten die Wichtigkeit des Verbotsvertrages und die Notwendigkeit weiterer Initiativen zur nuklearen Abrüstung. Die Abstimmung für eine Ratifizierung erfolgte einstimmig. Ebenso einstimmig passierte der Antrag die 878. Sitzung des Bundesrates vom 5. April 2018.

Die Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde durch

den österreichischen Bundespräsidenten erfolgte dann am 16. April 2018 mit unmittelbar folgender Gegenzeichnung durch Bundeskanzler Sebastian Kurz. Die fertige Urkunde wurde vom Außenministerium an die Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York übermittelt und am 8. Mai 2018 als neunter Staat dem UN-Generalsekretär als Depositär des Atomwaffenverbotsvertrages übergeben.

Mit aktuellem Stand haben bis heute 58 Staaten den Vertrag unterzeichnet und 10 Länder und der Vatikanstaat die Ratifikationsurkunden hinterlegt. (MS)

LETZTE MELDUNG

Beim Gipfel in Singapur haben Donald Trump und Kim Jong-Un ein Dokument unterzeichnet, in dem ein Prozess für eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel und für einen dauerhaften Friedensvertrag zwischen den beiden Koreas angestrebt wird. Ein Zeitplan dafür liegt nicht vor. Nordkorea bietet die Überführung der sterblichen Überreste von südkoreanischen Soldaten aus dem Koreakrieg an. Die USA wollen die Sanktionen gegen Nordkorea aber im vollem Umfang aufrechterhalten, bieten aber die Einstellung der Manöver mit Südkorea an. *Red.schluss: 12. Juni*

GEDENKEN AN DIE OPFER VON HIROSHIMA UND NAGASAKI

Wiener Friedensbewegung, Hiroshima-Gruppe Wien, Internationaler Versöhnungsbund österreichischer Zweig, ICAN Österreich, OMEGA/IPPNW Österreich und Rotes Kreuz Wien

gedenken den Opfern der Atombombenabwürfe über Japan 1945 und den Opfern militärischer und ziviler Verwendung der Atomtechnologie.

Montag, 6. August 2018 ab 18 Uhr am Stephansplatz/Kärntner Straße mit Informationsveranstaltung, Redebeiträgen und Musik sowie dem Einsatz des Katastrophenhilfsdienstes/CBRN-Schutz des Roten Kreuz und ab 20.30 Uhr mit dem Laternenmarsch zum Teich vor der Karlskirche

*weitere Veranstaltungen dazu
siehe in der Rubrik **Termine***

DAS BUNDESHEER INVESTIERT WIEDER

Die Budgetvorgaben für Landesverteidigung bleiben trotz Wahlkampfversprechen und Erhöhungsdruck von EU und NATO eher bescheiden. Von 1% des BIP (3,88 Mrd. Euro) ist man noch weit entfernt. Es werden um die 0,58 % erreicht. 2018-2020 sind die Budgetzahlen 2,26 Mrd./2,29 Mrd. und 2,42 Mrd. Euro. Dazu stünde noch ein größerer Investitionsspielraum zur Verfügung (112 Mio.), müssten nicht selbsterwirtschaftete 50 Millionen Euro überraschend an das Finanzministerium abgeführt werden und Forderungen von 24 Millionen an das Innenministerium für spezielle sicherheitspolizeiliche Aufgaben endgültig abgeschlossen werden. Das bedeutet dann nur mehr einen Überschuss von 38 Millionen Euro. Ein derzeit gültiges Investitionsprogramm läuft aus und Neuverhandlungen sind nicht in Sicht. Die größten Brocken im Bereich der Luftwaffenrüstung sind hier noch gar nicht berücksichtigt. Dafür müssten Sonderbudgets aufgestellt werden, ganz im Widerspruch zu dem Versprechen eines sogenannten Nulldefizits.

Trotzdem werden punktuelle Investitionen in den neuen Schwerpunktbereichen vorgenommen. Generell sind dies:

- ❑ Cyber-Abwehr, Cyber-Schutz, Ausbildung und Cyber Defence Zentrum (im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit wird auch intensiv der Kontakt zum kriegsführenden Staat Israel gesucht)
- ❑ geländegängige Fahrzeuge, Schützenpanzer, Bergfahrzeuge, Dekontaminationsfahrzeuge, Feuerlöschfahrzeuge
- ❑ Handfeuerwaffen (Sturmgewehre, Scharfschützengewehre)
- ❑ Mehrzweckboote für Pioniere
- ❑ Fernmelde- und Satellitenverbindungen
- ❑ Updates für die Hubschrauber Black Hawk und Bell 212
- ❑ Kasernenmodernisierungen, Ausbildungssimulatoren
- ❑ Rekrutenschulen, Erhaltung des Militärrealgymnasiums
- ❑ Teilnahme an Auslandsmissionen und an den EU Battle Groups
- ❑ Solderhöhung für Grundwehrdiener

Daraus ergeben sich aktuell einige ausgewählte Beschaffungen:

- ❑ der neue Pandur-Radschützenpanzer „Evolution“ 34 Stück um 105 Mio. Euro
- ❑ gepanzerte und bewaffnete Aufklärungsfahrzeug Dingo 2 von Krauss-Maffei-Wegmann Deutschland 40 Stück um 64 Mio. Euro
- ❑ der zweiteilige Ketten-Transporter Hägglunds BvS10 für Gebirgstruppen und Pioniere 32 Stück um 85 Mio., Euro
- ❑ Schulflugzeuge Aircraft Diamont DA-40 4 Stück um 2,4 Mio. Euro
- ❑ Löschfahrzeuge für die Militärflugplätze 6 Stück um 4 Mio. Euro
- ❑ Ausgabe des weiterentwickelten Steyr AUG Gewehrs StG 77 A1 MP für Militärpolizei und Sonderseinheiten.

Die wehrpolitischen Vereine sprechen weiterhin vom Kaputtsparen des Bundesheers. Fakt ist, dass Vieles (bald) nicht mehr funktioniert. Die Reform von Ex-Minister Dokoziil wird nun verworfen. Minister Kunašek möchte statt 4 Kommanden nur mehr zwei und dabei Personal und Geld einsparen.

Wäre es nicht sinnvoller grundsätzlich über eine abgespeckte Variante eines neuen Bundesheeres nachzudenken? Dieses hätte dann spezielle Aufgaben in klassischen UN- oder OSZE Missionen, Neutralitätskonforme Abrüstungs-, Entwaffnungs- oder Aufbauaufgaben sowie den Schwerpunkt innerstaatlicher Katastrophen- und Infrastrukturschutz. Dem steht aber die aktuelle österreichische Beteiligung an der Ständig Strukturierten Zusammenarbeit der EU (betrifft Frieden 3/2018 wird dieses Thema behandeln) und jene an EU Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Rüstungsbereich entgegen, was uns aber noch mehr in zweifelhafte Militärabenteuer lenken könnte.

Dies wäre ein fataler Irrweg.

(MS)



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien



Wer wir sind

Die überfraktionelle Initiative „Gewerkschafter gegen Atomenergie“, die sich 1980 als Verein konstituierte uns später seinen Namen auf „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ erweiterte und bis heute aktiv ist, entstand im Frühjahr 1977. Der Grund: weil sich auch die Gewerkschaftsführung gegen den Willen der Mitglieder zum Handlanger der Atomlobby (Siemens) machte. Besonders empörend, aber erhellend und bezeichnend für die Rolle der Gewerkschaftsführung im politischen System Österreichs ist der Umstand, dass die Zwentendorf-Propaganda vor allem vom ÖGB im Verein mit Industriellenvereinigung, Siemens, Wirtschaftskammer „sozial“partnerschaftlich betrieben wurde, ja ohne dem „Einsatz“ der ÖGB-Führung gar nicht geführt hätte werden können.

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht

Es wurde in der Folge immer sichtbarer, dass es keine Sicherheit für AKWs gab und gibt, dass es keine Lösung für den Atommüll gibt und dass AKWs nur der „zivile“ Zweig der Atombomben sind. Weil die Ablehnung und der Widerstand immer größer wurde, flüchtete die Regierung in eine Volksabstimmung, die sie mit Hilfe der Massenmedien, dem Geld der Industrie und der Pro-Atom-Mobilisierung der damals noch 1,6 Millionen ÖGB-Mitglieder zu gewinnen hoffte. Doch die Bevölkerung machte den Atombetreibern einen dicken Strich durch ihre Rechnung.

Was wir erkannt haben und wollen

- **Das NEIN zu Zwentendorf ist ein Sieg der Bevölkerung und ein Symbol für erfolgreichen Widerstand**, ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung etwas bewirken kann, wenn sie sich gemeinsam und selbständig zur Wehr setzt.

- **Atomkraftwerke und Atombomben sind siamesische Zwillinge.** Aus der Atomrüstung sind die AKW's entstanden. Aus den AKW's kann man waffenfähiges Plutonium für den Atombombenbau gewinnen. Daher unser Name: „**GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg**“

- **Die ÖsterreicherInnen wollen kein AKW.** 1978 hat die Mehrheit „Nein“ dazu gesagt. Heute sind mehr als 90% gegen die Nutzung der Kernenergie. Der Wille der Bevölkerung muss gelten und nicht der Wille einiger weniger Industriekonzerne.

- **Raus aus Euratom und IAEA, kein Atomstromimport, kein Atommülllager in Österreich,** ökologischer Ausbau erneuerbarer Energien (Wasser, Sonne, Wind), Energie- und Ressourceneffizienz statt Wegwerfproduktion.

- **Atomkraft dient nicht dem Klimaschutz.** Lassen wir uns nicht im Namen des Umwelt- und Klimaschutzes AKW's einreden. Die Atomkraft gefährdet Leben und Gesundheit und ist eine nicht beherrschbare Technologie. AKW's hinterlassen über Jahrtausende Berge von hochgefährlichem Atommüll und sind keineswegs CO2-frei.

- **Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima mahnen:** Atomkraft ist unsicher und sehr teuer. AKW-Unfälle sind an der Tagesordnung. AKW's kann man nicht sicher machen, für die Firmen sind sie ein todsicheres Geschäft. Die Betreiber übernehmen keinerlei Verantwortung, Schaden und Kosten trägt die Bevölkerung.

- **Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Für ein neutrales, demokratisches und unabhängiges Österreich.** Keine Teilnahme Österreichs an militärischen Kooperationen oder Einsätzen von EU, USA, NATO, UNO oder anderen Großmächten.

- **Solidarwirtschaft statt Profit- und Wegwerfwirtschaft.** Die Profitwirtschaft gibt durch Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen mehr für Profitmaximierung, Militarisierung und Krieg aus als für Soziales, Bildung, Gesundheit oder Hunger in der Welt. Gegen Sozial- und Demokratieabbau, für den Ausbau des Sozialstaates!

Mitarbeit

Von keiner Firma, Partei, oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen. Was an Spenden hereinkommt wird für die gemeinsame Arbeit verwendet. Alle AktivistInnen arbeiten ausschließlich ehrenamtlich. Das ermöglicht uns, bis heute tätig zu sein. Wer unsere Auffassungen teilt, den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Zusendungen, Diskussionen, Meinungs austausch, Mitarbeit und Spenden sind im Sinne unserer gemeinsamen Sache erwünscht, damit wir gegen Wirtschaftskrise, Sozial- und Demokratieabbau, Krieg und Militarisierung, Aushöhlung der Neutralität, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel und für eine gerechte, solidarische und friedliche Welt und darin für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich ein- und auftreten können! Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

Auf unserer Homepage www.atomgegner.at können Sie sich über unsere Inhalte und Aktivitäten informieren. Aussendungen, Detailinformationen und Dokumente stehen zum Download zur Verfügung. Mit einem E-Mail können Sie sich unter ggae@gmx.at für unsere Aussendungen und Newsletter anmelden.

Spenden-Konto

EmpfängerIn: Gewerkschafter gegen Atomenergie / Verwendungszweck: Spende
IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650 / BIC: BA-WAATWW

Kontakt

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Stiftgasse 8, 1070 Wien (Amerlinghaus); www.atomgegner.at; ggae@gmx.at; 0650 830 7830

Nächstes Treffen

19. September 2018, 19.00 Uhr, Stiftgasse 8, 1070 Wien, Erdgeschoß / großer Saal

Vorschau:

40 Jahre NEIN zum AKW Zwentendorf - Heute: Herausforderung Klimawandel

5. November 2018, 19.00 Uhr, Stiftgasse 8, 1070 Wien, 1. Stock, Galerie

100 Jahre Nelson Mandela – Event in der Seestadt

Anlässlich des **Internationalen Nelson Mandela-Tages** startet am **18. Juli 2018 um 18 Uhr** eine Kulturwanderung durch die Seestadt. Treffpunkt ist im Zentrum der Seestadt am Hannah Arendt-Platz (U2 Station Seestadt, Fußweg 10 Minuten) mit mehreren Stationen zum Nelson Mandela-Platz (U2 Station Aspern Nord) bis ca. 20.30 Uhr.

Mit afrikanischer Musik, Grußworten von Bezirksvorsteher Ernst Nevriky (22. Bezirk) und dem Südafrikanischen Botschafter in Österreich Tebogo Seokolo. Von Altbundespräsident Heinz Fischer gibt es eine Videobotschaft. Chris Lohner wird Texte lesen und den Abschluss gestaltet die Gruppe Insingizi bevor das Fest bei einem Glas Wein ausklingt.

Termin 1:

18. Juli 2018 Nelson Mandela-Tag Seestadt Treffpunkt 17.45 Hannah Arendt-Platz, Beginn pünktlich um 18 Uhr.

Termin 2:

VHS Donaustadt, Bernoullistrasse 1, 1220 Wien (U 1 Kagran).

Ausstellung: Nelson Mandela und sein Südafrika. 11. Juni 2018 bis Ende August 2018 zu den Öffnungszeiten der VHS.

Widerstand - denkbar, sagbar, machbar

Die Redaktion dieser „Widerstandsnummer“ knüpft an das schulheft 164/2016 „Demokratie – kritische Reflexionen“ an.

Untersucht werden historische und aktuelle Strategien des Widerstands gegen rechte, autoritäre und neoliberale Entwicklungen, die aus unterschiedlichen Perspektiven thematisieren, dass das Eintreten für eine gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen und Feldern denkbar, sagbar und auch machbar ist.

Einführend sieht Conrad Schuhler den Weg einer Demokratisierung unter den Kategorien, die lauten: „Solidarität, Kooperation und Demokratie“. Konkretes politisches Handeln im Sinne der Verwirklichung dieser Prinzipien müssen entwickelt werden und es sind diejenigen Strukturen zu bekämpfen, die diese Grundsätze niederhalten. Im Beitrag „Trotz allem – Widerstand ist möglich“ steht die Erziehungswissenschaftlerin Eva Borst zu einer Bildung, die phantasievolle Vorstellungskraft, kritisches Urteilsvermögen und Eigensinn den omnipotenten manipulativen Kräften des Kapitalismus entgegenhält. Widerstand beruht in diesem Sinn „auf Empörung und Erkenntnis, auf Gefühl und Rationalität, so Borst. Zentral behandelt sie die Auseinandersetzung mit den neoliberalen Suggestionen, „Resilienz“, Selbstoptimierung sei notwendig, um die Last der Existenz im ausbeuterischen System aus eigener Kraft zu bewältigen. Politische Aufklärung und Selbstaufklärung, Kritik und Selbstkritik als Folge einer humanistischen Bildung wären die Voraussetzung diesen Entwicklungen entgegenzutreten, denn Bildung ist ein Instrument humanen Widerstands.

Melanie Groß thematisiert Selbstverständnisse, Strategien und Ziele verschiedener feministischer Zugänge. Positionen und Strategien entstehen in permanenter Auseinandersetzung mit den komplexen Macht- und Herrschaftsformationen, die Geschlechter und andere Ungleichheiten stützen und hervorbringen. Claudia Unterweger thematisiert in „Talking back – Strategien Schwarzer österreichi-

scher Geschichtsschreibung“ den Widerstand gegen rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung Schwarzer Menschen in Österreich. Lisa Bolyos und Daniela Koweindl dokumentieren Arbeitskämpfe von Erntearbeiter_innen in Österreich, Prekarisierung, Ausbeutung und die Erfolge der Sezonieri-Kampagne. Der Verein CCC Chaos Computer Club, der sich mit Datenschutz, Informationsfreiheit und Datensicherheit beschäftigt, wird von Sonja Waldgruber und Herbert Waloschek vorgestellt, die vor allem auf die Arbeit der Initiative CmS, Chaos macht Schule, verweisen, die mit verschiedenen Bildungsinstitutionen zusammenarbeitet.

Peter Malinas Artikel „Widerstand auf katholisch: Ungehorsam als Christenpflicht“ findet sich leider nur im Inhaltsverzeichnis und kann auf der Webseite des schulhefts www.schulheft.at nachgelesen werden. Im Beitrag „Widerstandsgeist in Kärnten/Koroska“ rollt Gudrun Blohberger anhand von Familienfotos die Geschichte des slowenischen Widerstandes von der Zwischenkriegszeit über die NS-Zeit bis zum Staatsvertrag und in die Gegenwart auf. Ihr Schlusswort: „Kärnter Slowen_innen müssen – wie andere Minderheiten auch – sich widersetzen und widerständig sein, sie müssen ihre Rechte einfordern um nicht unterzugehen.“

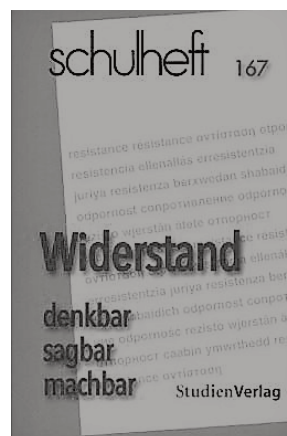
In Erich Hackls literarischem Text „Alphabet mit Auslassungen - Stichworte zum Thema Heimat, Land, Widerstand“ leisten Menschen in einem Reigen von namhaften Schriftsteller_innen bis zum Loser, der es ablehnt, das Leben für ein verpflichtendes Gewinnspiel zu halten, Widerstand. Erwin Riess widmet sich der Romantrilogie „Die Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiss und urteilt: „Mit dem Roman schuf Weiss ein überzeitliches Kompendium des Widerstands von Ausgebeuteten, Marginalisierten und Stimmlosen in der Weltgeschichte.“ Schlussendlich befassen sich zwei Beiträge mit rechtsextremer Gewalt.

Judith Götz stellt die Kampagne „Stoppt die Rechten“ vor, Lisl Rizy und Willi Weinert ihre umfangreiche Forschungsarbeit über die politischen Opfer der terroristischen, vernichtenden NS-Justiz, dargestellt in Briefen Fotos und Dokumenten.

BUCHBESPRECHUNG

Die Alfred Klahr-Gesellschaft, AKG, und das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, DÖW, werden den schulheft Leser_innen für weitere „Bildung zum Widerstand“ empfohlen. (ER)

Widerstand – denkbar, sagbar, machbar
(Pädagogische Taschenbuchreihe schulheft Nr. 167) ISBN 978-3-7065-5617-0 Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2017, 134 S., 16,50 Euro



TERMINE

Wiener Friedensbewegung/Hiroshima-Gruppe

Stephansplatz/Stock im Eisen-Platz, 1010 Wien
(Schlechtwetter Domcafe Stephansplatz 3)

Mo. 6. August 2018, ab 18 Uhr Gedenken Atombombenabwürfe 1945 Hiroshima und Nagasaki.
ca. 20.30 Uhr Laternenmarsch zum Teich vor der Karlskirche

Friedenspagode, 1020 Wien

Do, 9. August 2018, ab 20 Uhr Buddhistische Gedenkzeremonie

Melk Fußgängerzone

Sa. 11. August 2018, 10 – 13 Uhr Gedenkaktion Hiroshima/Nagasaki

Wiener Friedensbewegung/Solidarwerkstatt Linz/Wien

Do. 26. Oktober 2018 Ort und Zeit siehe vor der Veranstaltung auf www.solidarwerkstatt.at. **Neutralitätsaktion** zum Jahrestag der Beschlussfassung der Immerwährenden Neutralität Österreichs

Österreichischer Friedensrat

Prater, Jesuitenwiese

Sa/So. 1. und 2. September 2018, ab 14 Uhr Informations- und Bücherstand

Friedensinitiative 22

Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien, Pfarrzentrum (U1 Kaisermühlen/VIC)

Di. 22. September 2018, 19 Uhr „Zwischen Krieg und Frieden“. Texte und Lieder von 1918 bis heute mit Ernst Toman (FI 22)

Di. 9. Oktober 2018, 19 Uhr „Hoch die Republik“, Dr. Florian Wenninger (Historiker)

Di. 13. November 2018, 19 Uhr „Grenzen – räumliche und soziale Trennlinien im Zeitenlauf“, Buchpräsentation, Prof. Dr. Andrea Komlosy

Di. 11. Dezember 2018, 19 Uhr Einblicke in die österreichische Rüstungsindustrie. Über die Erstellung eines Rüstungsatlas Österreich, Lucia Hämmerle (Internationaler Versöhnungsbund)

LIBERIA: FRIEDENSMISSION UNMIL HAT IHRE AUFGABE ERFÜLLT

Im Jänner 2018 übergab die liberianische Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf das Amt an ihren Nachfolger George Weah. Der ehemalige Weltfußballer von 1995, im Land als Volksheld gefeiert, hatte am 26.12.2017 die Stichwahl gewonnen. Diese Wahlen stellen den ersten demokratischen Machtwechsel seit 1944 in Liberia dar. Auf den neuen Präsidenten warten große Aufgaben. Es gilt, dem Land wieder Frieden und Stabilität zu geben nach den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbrüchen durch den liberianischen Bürgerkrieg von 1989 bis 2003. Mit Ende März 2018 ist auch das Mandat der UN-Mission UNMIL ausgelaufen. Die Mission hat gerade in den letzten Jahren wesentlich zur demokratischen Entwicklung des Landes beigetragen.

„United Mission in Liberia“ – UNMIL 2003-2018

Der bewaffnete Aufstand von Charles Taylor 1989 gegen den amtierenden Präsidenten Doe führte zu einem jahrelangen blutigen Bürgerkrieg mit 250.000 Toten. Die UNMIL-Mission begann 2003 und hatte zeitweilig bis zu 15.000 Soldaten und 1.000 Polizisten im Einsatz. Die UNO löste damit die rund 3.500 Soldaten aus Nigeria, Mali und dem Senegal ab, die

in der ECOWAS-Mission (westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) ECOMIL im Einsatz waren. Die Situation im Lande wurde als ein Zusammenbruch fast aller staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen und zahlreichen Binnenflüchtlingen beschrieben. Ein Problem stellten auch die zahlreichen bewaffneten Akteure dar. Ein erster Versuch einer Entwaffnung schlug fehl. Eine breite Informationskampagne zur Abgabe der Waffen und eine, den örtlichen Gegebenheiten angepasste, Entschädigungsform war ab dem Frühjahr 2004 erfolgreicher.

Die Aufgaben der UNMIL waren neben der Entwaffnung von über 100.000 Kämpfern ihre Integration in das Gemeinschaftsleben, die Rückführung der Flüchtlinge, der Aufbau von Strukturen in der Verwaltung und Gesellschaft, Aufbau und Ausbildung von Polizei- und Militäreinheiten und die Vorbereitung und Überwachung von Wahlen des Präsidenten und des Parlaments. Im Rahmen des UNMIL-Einsatzes wurden 202 Missionsmitglieder getötet. Das Österreichische Bundesheer war bei der Vorgängermission (UNOMIL Observer Mission Liberia) vom 30.10.1993 bis 4.11.1994 beteiligt.

(MS)

FRIEDENSKUNSTWERK AUF WIENER FLAKTURM IN GEFAHR

Im Rahmen der Wiener Festwochen 1991 wurde auf dem Flakturm im Esterházy-park im 6. Bezirk (Haus des Meeres) vom US-amerikanischen Künstler Lawrence Weiner eine Wortschulptur gegen den Krieg geschaffen. „Smashed to Pieces (in the still of the Night)“ - Zerschmettert in Stücke (im Frieden der Nacht). Gedacht war einen der architektonischen Zeitzeugen aus dem Zweiten Weltkrieg mit einer mahnenden Aussage gegen Krieg und Faschismus auszustatten.

Im Rahmen der Aufbauten und Erweiterungen im Haus des Meeres ist dieser Schriftzug nun im Weg, obwohl zwischen Künstler und Stadt Wien der Bestand dieser Skulptur vereinbart wurde. Gegen das Verschwinden der Schrift wird protestiert. Eine Alternative wäre die Verbringung der Schrift auf die Flaktürme im Augarten, welche allerdings stark beschädigt sind.

(MS)

30 JAHRE INF-VERTRAG

Am 8.12.1987 einigten sich M. Gorbatschow (Sowjetunion) und R. Reagan (USA) auf den Abbau und die Entsorgung von atomarbestückbaren Kurz- und Mittelstreckenraketen. Am 1.6.1988 trat der INF-Vertrag (Intermediate Nuclear Force Treaty) in Kraft.

2.692 Stück wurden bis Mai 1991 nicht nur aus den Arsenalen entfernt, sondern tatsächlich auch vernichtet. Es handelte sich um Kurzstreckenwaffen (500-1000 km Reichweite) und um Mittelstreckenwaffen (1.000-5.500 km Reichweite). Ursprünglich führte die Stationierung sowjetischer Raketen zum NATO-Doppelbeschluss und damit zu einer Eskalation zwischen Ost und West in Europa. Folgende Typen waren dann in Folge Vertragsinhalt: Pershing 1a, Pershing II, BGM-109 Cruise Missiles, SS-20, SS-4, SS-5, SS-12, SS-23 und SS-X-4.

Mit Mai 2001 galt der Vertrag als umgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt endeten auch die Kontrollmöglichkeiten in den Einrichtungen und an den Verschrottungsplätzen. Der Vertrag verbietet die Neuentwicklung dieser Waffenkategorie. Das Abkommen ist unbegrenzt gültig. Ein einseitiger Ausstieg ist aber möglich.

2007 drohte Russland dem Westen mit der Aufkündigung des INF-Vertrages wegen den Plänen, ein US-Raketenabwehrsystem samt Radaranlagen in einigen europäischen Ländern zu stationieren. Ab 2014 beschuldigten sich USA und Russland regelmäßig gegenseitig, das Abkommen zu brechen und Raketen dieser Kategorie zu entwickeln oder zu stationieren. Hier spielt die politische Lage der versuchten Einkreisung Russlands durch die NATO, die NATO Truppenverlegungen in die baltischen Staaten und die Situation Ukraine/Russland eine Rolle. Misstrauen auf beiden Seiten und die Modernisierungspläne der atomaren Waffenarsenale führen nicht zu einer Entspannung der aktuellen Lage. Zahlreiche Aufrufe fordern zum Jahrestag des INF-Abkommens den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa und den Beitritt restlicher Staaten in den Atomwaffenverbotsvertrag. (MS)

„FRIEDEN GEHT“: STAFFELLAUF GEGEN RÜSTUNG UND WAFFENHANDEL IN DEUTSCHLAND

Am 2. Juni 2018 endete ein 13-tägiger Friedenslauf gegen Rüstungsexporte und Waffenhandel in Berlin. 18 Trägerorganisationen haben diesen Event organisiert, der mit einem Halbmarathon von Potsdam nach Berlin beendet wurde. Danach gab es noch einen politischen Spaziergang und eine kreative Abschlussdemonstration in der deutschen Bundeshauptstadt.

Begonnen hat der Staffellauf in Oberndorf am Neckar, dem Stammsitz des Kleinwaffenherstellers Heckler und Koch, gegen den derzeit ein Prozess wegen illegalen Waffenlieferungen läuft. 2.500 Personen beteiligten sich laufend, gehend, radfahrend auf der 1.100 km langen Strecke. An den vielen Stationen gab es Kundgebungen, Feste, Kinovorstellungen, Diskussionen und politische Termine mit weiteren tausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Der politische Abschluss dieser Friedenskundgebung erfolgte dann am 6. Juni 2018, als das Staffelh Holz und das Forderungspapier Abgeordneten des parlamentarischen Wirtschaftsausschusses übergeben wurden.

Deutschland gilt als drittgrößter Kleinwaffenproduzent und Exporteur und als viertgrößter Großwaffenlieferant. Gemäß einer aktuellen Umfrage sprechen sich 64 % der deutsche Bevölkerung gegen Waffenexporte in Krisenregionen aus, und gar 83 % lehnen Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei ab.

Den Organisatoren des Staffellaufs ist ein großartiges und phantasievolles Lebenszeichen der Friedensbewegung gelungen. Forschung und Produktion von Waffen und militärrelevanten Produkten spielen auch in Österreich eine bedeutende Rolle. Leider ist eine Bewegung gegen diese moralisch verwerflichen Wirtschaftszweige noch sehr klein, aber trotzdem engagiert.

(MS)

Mach dich stark!

Und profitiere von mehr Sicherheit im Job.



**Berufshaftpflichtversicherung
Rechtsschutz
und vieles
mehr gibt's
nur als
Mitglied.**



MIT SICHERHEIT STARK.

GPA djp
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein
„Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen
Friedensbewegung“. ZVR-Zahl 223988557
alle: 1170 Wien, Rosensteingasse 69/6
Gestaltung dieser Ausgabe: Manfred Sauer (MS), Elke Renner (ER)
Layout: Lucia Hämmerle

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100%
Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen
Friedensbewegung“.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie
tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung
und soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fra-
gen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

**betrifft frieden Jahresbezug (4 Ausgaben) Euro 16.-- (er-
mäßigt nach Rücksprache) Euro 10.-- ÖFR-MB Euro 24.--
ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900
BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung
DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
Mitteilungen an ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien,
pax.vienna@chello.at
Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.**

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 2/2018 P.b.b. 11Z039021M 1170 Wien

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Wiener Friedensbüro, 1050 Wien,
Reinprechtsdorfer Str. 6/2